Auch ein anderer Direktor der Dresdner Bank meinte, das Wolffsche Projekt sei nicht ernst zu nehmen und eine schöne Theorie, aber nichts weiter.

Herr **Geheimrat Witting** von der

Nationalbank für Deutschland

äußerte sich ungefähr folgendermaßen: „Es ist natürlich außerordentlich schwer, über ein derartiges Problem sich so aus dem Handgelenk zu äußern. Was meine Privatmeinung anbetrifft, so glaube ich nicht, daß die Bank von England für ein derartiges Kartell gewonnen werden könnte. Eine weitere Frage ist dann auch die, ob denn auch die Staaten mit voller Goldwährung zu dem Kartell hinzugezogen werden sollen. Eine internationale Banknote wäre doch nur auf der Basis absoluter Parität denkbar. Was nutzen uns denn auch alle idealen Zahlungsmittel, wenn wir an einer so jämmerlichen Zahlungsbilanz kränkeln? Hier liegt doch die Wurzel allen Uebels. Ehe Deutschland nicht soviel Getreide produziert, wie es braucht, ehe nicht der Export weiter ausgebaut ist, soll man doch nicht an Probleme gehen, die sich in der Theorie recht schön anhören, aber leider nur geringe praktische Bedeutung haben."

Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat **Hemptenmacher,**

Staatskommissar bei der Berliner Börse, der präsumtive Präsident der Königlichen Seehandlung, meinte: „Solange wir nicht eine internationale Währung haben, kann man auch an die Realisierung einer internationalen Banknote nicht denken. Ein derartiges Projekt ist graue Theorie. Wir Realpolitiker, die wir doch sein wollen, sollten keine überflüssige Kraft an derlei Problemen verlieren, die nicht von der Praxis, sondern eher vom Licht der Studierlampe eingegeben sind. Ich halte den Wolffschen Vorschlag für wenig aussichtsvoll. Wir haben im Deutschen Reiche noch nicht einmal die Einheitsbriefmarke in allen Bundesstaaten durchsetzen können, da ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich die Idee einer internationalen Banknote in absehbarer Zeit verwirklichen läßt. Natürlich steckt auch ein guter Gedanke in diesem Projekt Wolffs, den ich sonst als Nationalökonomen schätze: die Absicht, den internationalen Verkehr, der durch Post und Eisenbahn so glänzend erleichtert ist, auch auf den Geldverkehr auszudehnen. Im großen und ganzen scheint mir aber doch die Sache recht problematisch und phantastisch."

Geheimer Justizrat **Professor Dr. Heinrich Brunner**

äußerte sich über den Gedanken der internationalen Banknote: „Ich glaube nicht an die Verwirklichung dieser Idee. Das Projekt, von dem ich heute zum ersten Male höre, würde zu tief in die Finanzpolitik der einzelnen Staaten eingreifen. Die Hauptschwierigkeit liegt aber meines Erachtens in der Frage nach der Deckung und der Kontrolle der Deckung. Es müßte ein gewisses Emissionsmaximum vorgeschrieben sein. Aber auch dann scheint mir die Sache wenig aussichtsreich und recht bedenklich. Das ist jedenfalls der erste Eindruck, den mir das internationale Banknotenproblem macht."

Der Kultusetat im Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern zunächst die Vorlage betreffend die Dampffährenverbindung Saßnitz-Trelleborg, die in zweiter Lesung angenommen wurde, und setzte dann die Beratung des Kultusetats fort. Die Verhandlungen waren nicht sonderlich aufregend; es wurden Angelegenheiten spezialerer und lokalen Charakters mehr oder minder eingehend besprochen. Beim Kapitel „Höheres Mädchenschulwesen" kam der Rücktritt des Direktors der Berliner Augustaschule Wychgram zur Sprache. Von seiten der Regierung wurde dabei erklärt, daß von einem Gegensatz zwischen Herrn Wychgram und Herrn Holle in Sachen der Mädchenschulreform „nichts bekannt" sei. Wenn mit dieser Regierungserklärung auch noch nicht allzu viel besagt ist, so darf man sich doch wohl der Hoffnung hingeben, daß eine so hervorragende Autorität in diesen Fragen wie der genannte Berliner Schulmann auch nach dem Rücktritt vom Amte für die Zwecke der Mädchenschulreform von der Regierung noch nutzbar gemacht werden wird. Die von verschiedenen Rednern gewünschte Ausdehnung der Ostmarkenzulage auf Oberschlesien und einen Teil von Ostpreußen fand nicht die Zustimmung der Regierung. Zum Schluß erörterte der Abgeordnete Peltasohn (freisinnige Vereinigung) die Unbilligkeit, die für zahlreiche leistungsschwache jüdische Gemeinden darin besteht, daß ihnen keine Unterstützungen zur Einrichtung von Religionsunterricht für ihre Schulkinder gewährt werden. Die Sitzung wurde dann um 4 Uhr geschlossen und auf Vorschlag des Präsidenten v. Kröcher auf 7½ Uhr abends eine zweite Sitzung angesetzt. — Zu dieser Abendsitzung, über die wir im dritten Beiblatt berichten, hatten sich etwa ein Dutzend Abgeordnete eingefunden. Wenn es noch eines Nachweises für die Unbeliebtheit der Institution der Nachtsitzungen bedurft hätte, so war er gewiß durch diese nicht besonders imposante Präsenzziffer erbracht. Das Haus erledigte in den drei Stunden, die die Sitzung in Anspruch nahm, die Kapitel Elementarschulwesen und Kunst und Wissenschaft. Zu einer lebhafteren Aussprache kam es nur über die Frage der Pflege der Leibesübungen, die wieder der nationalliberale Abgeordnete v. Schenkendorff aufs Tapet brachte. Die Sitzung wurde gegen 11 Uhr auf heute vertagt.

Der „christliche Charakter" der Universitäten.

Gegen unseren Artikel „Der Kultusminister und die Universitäten" führt die „Nordd. Allg. Ztg." schweres Geschütz auf. Der Artikel ging von der Voraussetzung aus, daß der Kultusminister Holle am 18. Februar im Abgeordnetenhause erklärt habe, er werde an dem christlichen Charakter unserer Universitäten unbedingt festhalten; er legte dann weiter die absurden Konsequenzen eines solchen Standpunktes dar. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." muß zugeben, daß in der Presse mehrfach behauptet worden sei, der Kultusminister habe eine solche Erklärung abgegeben. Aber sie behauptet, daß sei auf Grund eines irrigen Parlamentsberichtes geschehen, und sie beruft sich auf das amtliche Protokoll der Sitzung, das am 14. Februar im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden sei. Wir haben dieses amtliche Protokoll verglichen, wir haben auch noch die stenographischen Berichte des Abgeordnetenhauses herangezogen, und wir müssen allerdings zugeben, daß der Kultusminister nach diesen Berichten nicht von dem „christlichen Charakter unserer Universitäten" im allgemeinen, sondern nur von den Professoren der Theologie gesprochen hat, wenn er die christliche Charakterbildung der Jugend forderte. Auch ein parlamentarischer Berichterstatter kann sich verhören. Wir nehmen also an, daß der Satz unseres Parlamentsberichtes, der sich ähnlich auch in anderen Blättern findet:

„Jedenfalls ist die Verwaltung sich bewußt, daß sie nicht nur die wissenschaftliche Ausbildung zu fördern, sondern auch den christlichen Charakter der Universitäten hochzuhalten hat."

auf einem Mißverständnis beruht. Aber wenn nun die „Nordd. Allg. Ztg." so tut, als sei der erwähnte Artikel auf diesem Irrtum aufgebaut worden, trotzdem der Verfasser das im „Reichsanz." veröffentlichte amtliche Protokoll gekannt habe, und wenn sie sich deshalb über das „Berl. Tagebl." moralisch entrüstet, dann ist das doch lächerlich. Der Verfasser hat eben angenommen, daß der parlamentarische Bericht die Aeußerung des Kultusministers zutreffend wiedergegeben habe, ohne daß ihm das amtliche Protokoll zu Augen gekommen wäre. Und wer die Haltung des Ministers Holle gegenüber der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung verfolgt hat, der wird zugestehen, daß man Herrn Holle auch eine solche Aeußerung zutrauen konnte. Daß Herr Holle sie nicht getan hat, daß er vielmehr den „christlichen Charakter" der Universitäten auf die Theologieprofessoren beschränkt wissen will, erscheint uns nur als eine logische Konsequenz des modernen Staatsgedankens. Aber wir verhehlen uns allerdings nicht, daß Herr Holle damit seinen engeren Freunden eine herbe Enttäuschung bereitet. So bringt zum Beispiel die „D. Tageszeitung" in ihrer gestrigen Abendnummer eine sehr energische Verteidigung des Kultusministers Holle wegen dieser (ihm irrtümlich zugeschriebenen) Aeußerung, die in dem Satz gipfelt:

„Wenn der Kultusminister sich bemüht, diesen (allgemein christlichen) Charakter festzuhalten, so kann er der Zustimmung und des Dankes der christlichen Volkskreise gewiß sein."

Auch die „D. Tagesztg." hat also das amtliche Protokoll nicht gekannt. Wir wollen deshalb freilich nicht behaupten, daß es ein Trost sei, in diesem Falle Genossen zu haben.

* In der am 20. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Inneren v. Bethmann-Hollweg abgehaltenen **Plenarsitzung des Bundesrats** wurde, wie wir in Ergänzung unseres gestrigen Berichts noch mitteilen, dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über den Verkehr mit Wild, die Zustimmung erteilt. Annahme fanden ferner die Vorlage wegen Bekämpfung der Reblaus in den Seuchengebieten bei Metz und die Vorlage betreffend die Prägung von Fünfpfennigstücken. Die „Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung" mit dem Sitze in Hankau wurde genehmigt; ferner wurde dem Klub „Konkordia" in Schanghai die Rechtsfähigkeit verliehen. Schließlich wurde über die Wahl eines Mitglieds der Reichsschuldenkommission, eines nichtständigen Mitglieds des Reichsversicherungsamts, eines Mitglieds des Beirats für Arbeiterstatistik und eines Mitglieds des Reichsbankkuratoriums sowie über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

Deutschland.

* **Im Reichstage** ging gestern die Beratung des Justizetats weiter. Immer neue Redner brachten dabei Beiträge zum weitschichtigen Kapitel der Klassenjustiz heran; ebenso spielte wieder die Behandlung der Fürstin Wrede und ihres Dieners Glase eine umfassende Rolle in der Debatte. Sehr ausführlich ging Abg. Müller-Meiningen auf die einleitenden zur Justizreform gestellten Anträge ein, um sich dann speziell dem von der lex Heinze umschriebenen Gebiet zu widmen. Der Hinweis, daß die Unsittlichkeit am besten durch Verbreitung guter Lektüre bekämpft werde, brachte den Redner auf den Liegnitzer Fall und den Index moderner Schriften wie auf das Verbot des „Faust" in einem Bamberger Lehrerseminar; er ermahnte den Gesamtliberalismus, die Augen aufzumachen im Interesse der deutschen Kultur und appellierte auch an die modern denkenden Konservativen. Der Staatssekretär Dr. Nieberding ging auf diese Kulturfragen nicht weiter ein, beschäftigte sich aber wenigstens mit dem vom Abgeordneten Müller-Meiningen gleichfalls zur Sprache gebrachten Fall der Frau Feuth, der seinerzeit im „Berl. Tagebl." ausführlich behandelt worden ist. Auch der Reichsjustizsekretär gab zu, daß bei der Behandlung der Frau Feuth im Gefängnis „Regelwidrigkeiten" vorgekommen seien und teilte weiter mit, daß die Aufsichtsbehörde Abhilfe geschaffen habe. Sein dankenswertes Versprechen, daß ein Strafvollzugsgesetz ausgearbeitet werden solle, wurde leider durch den Zusatz entwertet, daß dies erst nach der Reform der Strafprozeßordnung geschehen werde. Dann wurde durch den Abgeordneten Prinz zu Schönaich-Carolath noch einmal die Angelegenheit der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erörtert, wobei der Vizepräsident Kämpf Mühe hatte, den Redner gegen die lärmenden Unterbrechungen einzelner Zentrumsabgeordneter zu schützen. Besonders der Abgeordnete Gröber gebärdete sich wie ein Präsident im Nebenamt. Es half ihm aber nichts; Prinz zu Schönaich-Carolath konnte seine Darlegungen zu Ende führen. Er wies darauf hin, daß die beanstandeten Bücher sich in einem Nebenkatalog befinden, der für wissenschaftliche Wanderbibliotheken herausgegeben worden sei, und daß die Bücher nur in zwei bis sieben Exemplaren gefordert worden seien. Aber er erklärte zugleich, daß die Gesellschaft kein Traktätchenverein sein könne, sondern im bisherigen Sinne weiter arbeiten wolle für ein freiheitlich gesinntes und freiheitlich geleitetes Vaterland. Zum Schluß gab es noch einmal eine sehr gereizte Auseinandersetzung zwischen dem konservativen Freiherrn v. Maltzan und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen über das gegen Stadthagen ergangene ehrengerichtliche Urteil. Der konservative Mecklenburger zeigte sich bei der Aufwärmung dieser „ollen Kamellen" sehr schlecht unterrichtet.

* In einer von den Demokraten und dem Verein der Freisinnigen Vereinigung in Erlangen veranstalteten, sehr zahlreich besuchten Volksversammlung sprach am Donnerstag Abend Dr. Theodor Barth über **Wahlrecht und Blockpolitik.** Es wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Die in Preußen sich immer übermütiger gebärdende Reaktion, die, wie die Bülowsche Wahlrechtserklärung vom 10. Januar, die Krätkesche Haltung in der Affäre Schellenberg und die Hollesche Zensurgelüste erweisen, in der Aera der Bülowschen Blockpolitik rücksichtsloser denn je hervortritt, macht es den freiheitlich gesinnten Elementen in ganz Deutschland zur Pflicht, den Kampf gegen diese Reaktion unter Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte mit erhöhtem Nachdruck aufzunehmen. Fort mit der konservativ-liberalen Paarung! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht in Preußen! Zusammenwirken mit den demokratischen Arbeitermassen gegen die Reaktionäre jeder Richtung!"

* Laut einer Meldung der „Köln. Volksz." beschäftigen sich die maßgebenden Kreise mit Erwägungen, die auf **Einführung aktiver**

Heijermans und das Asyl für Obdachlose.

Hermann Heijermans hat, wie man weiß, im „Berliner Tageblatt" seine Erfahrungen im Berliner Asyl für Obdachlose beschrieben. Der holländische Schriftsteller, der in entsprechender Verkleidung eine Nacht im Asyl verbrachte, gab in seiner Skizze eine nicht gerade rosenfarbene Schilderung. Ihr sozialer Wert wird durch Einzelheiten nicht berührt.

Jetzt erhalten wir neue interessante Mitteilungen von einer maßgebenden Stelle im Berliner Magistrat. Danach sei Herr Heijermans zu seiner ungünstigen Kritik des Asyles gekommen, weil er zu einer Zeit in den Räumen der Anstalt eingetroffen sei, wo die in der Hausordnung vorgesehene Stunde für die regelmäßige Aufnahme vorüber war. Wie in der halbamtlichen Zuschrift ausgeführt wird, ist die Aufnahmezeit von vier Uhr nachmittags bis acht Uhr abends. Nur wer zu diesen Stunden erscheint, erhält die Abendkost, die aus einem Liter Mehlsuppe und zweihundert Gramm Brot besteht. Wer rechtzeitig im Asyl ankommt, hat auch nicht nötig, Bekanntschaft mit dem von Heijermans abfällig kritisierten Versammlungsraum zu machen, da er dann sofort in den Schlafsaal geführt wird. Auf die weitere Klage Heijermans' über die zu große Hitze in den Schlafsälen wird erwidert, daß wohl genügend Ventilationsklappen vorhanden seien, daß diese aber von den meistens ausgefrorenen, ausgehungerten und ausgemergelten Obdachlosen, die in erster Linie die Wärme suchen, stets früher geschlossen wurden. Infolgedessen sei die Ventilationsanlage unter großen Kosten so abgeändert worden, daß sie nur von außen bedient und nicht von den Asylisten geschlossen werden könne. Daß trotzdem dem aus anderer Lebenssphäre Stammenden die Atmosphäre im Asyl nicht zusage, könne nicht weiter wundernehmen. Man müsse stets bedenken, daß sich dort Menschen zusammenfinden, die unter Umständen wochenlang nicht die durchnäßte und schmutzige Kleidung vom Leibe bekommen haben, die sich wer weiß wie lange nicht mehr gewaschen haben, nach Alkohol dufteten und allerlei übelriechende Ekwaren, wie Käse und Heringe, bei sich trugen. Spucknäpfe und Papierkörbe seien in allen Sälen aufgestellt, doch würden sie leider nicht benutzt. Die Wasch- und Trinkvorrichtungen würden zu allem möglichen, am wenigsten jedoch zum Waschen und Trinken verwendet.

Ferner wird Herrn Heijermans erwidert, daß die Zahl der obdachlosen Frauen in seinem Artikel zu hoch gegriffen sei. Es seien höchstens vierzig Frauen beherbergt worden, und in der Nacht, in der Herr Heijermans das Asyl aufsuchte, seien sogar nur vierundzwanzig Frauen dort gewesen.

Für die Reinlichkeit im Asyl, die Herr Heijermans gleichfalls als höchst mangelhaft bezeichnet hatte, wird nach den uns übermittelten Informationen nicht minder Sorge zu tragen versucht. Allabendlich werden die rechtzeitig eintreffenden Asylisten zum Baden angehalten und ihre Kleider desinfiziert. In den einzelnen Sälen befinden sich nicht sechs, sondern zwanzig Handtücher, von denen allerdings nach mancher Nacht nicht ein einziges benutzt worden ist. Außerdem steht es jedem frei, ein besonderes Handtuch zu verlangen, und im Monat Januar wurden 45,000 Handtücher für das Asyl gewaschen.

Die Zahl der allerdings nicht immer ausreichenden Schlafgelegenheiten wird uns auf 3235 Holz- und Drahtpritschen angegeben, von denen 3100 in der Männerabteilung stehen. In einigen Nächten, in denen als Höchstzahl 3309 Obdachlose beherbergt wurden, habe man sich damit helfen müssen, daß zwei Holzpritschen nebeneinander geschoben und drei Personen auf zwei Pritschen gelegt wurden. Diese Maßnahme betraf aber in der Hauptsache die zu spät Gekommenen. Im übrigen erweiterte die Verwaltung seit einigen Jahren planmäßig die Schlafgelegenheiten, indem die Holzpritschen durch Drahtbettstellen ersetzt wurden.

Endlich wird die Verwaltung des Asyles noch gegen den Vorwurf verteidigt, daß sie auch Betrunkene aufnimmt, da „auch die Trunkenen irgendwo bleiben müssen", und auf der anderen Seite Anklagen in der Oeffentlichkeit erhoben würden, wenn man die Betrunkenen ganz ausschließen wollte.

Zum Schluß werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß am Morgen vor der Entlassung gleichfalls jedem Asylisten eine Mahlzeit verabreicht wird, die wiederum aus einem Liter Suppe und zweihundert Gramm Brot besteht.

* * *

Hermann Heijermans, dem wir diese Mitteilungen zur Durchsicht einsandten, schreibt uns: Ihr geschätzter Einsender irrt sich. Ich habe mich von jeder „ungünstigen Kritik" beim Niederschreiben meiner Feuilletons ferngehalten. Ich lieferte die einfache, den Tatsachen entsprechende Beschreibung eines Ausflugs, der keineswegs in der Absicht, eine Kritik zu geben, unternommen wurde.

Die interessanten Ausführungen des Einsenders bestätigen die von mir angeführten Tatsachen nach allen Richtungen hin — über Abendkost habe ich überhaupt kein Wort verloren! — bestätigen, daß bei dreitausend schlafenden Männern nicht gelüftet worden, bestätigen, daß bei großem Andrang je drei Männer auf zwei Pritschen schlafen, bestätigen die Zulassung vieler betrunkener Leute, bestätigen die Bemerkungen über den überall vorherrschenden Gestank. Der Einsender verschweigt aber seine Meinung über die Tatsache, daß in der bewußten Nacht ein paar hundert Menschen auf dem Steinboden gelegen haben, während es draußen fror und die Warmwasserleitung von ungefähr 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens abgestellt war. Ob zwanzig oder sechs Handtücher vorhanden waren, erscheint, mit einer solchen .... sonderbaren Tatsache verglichen, nebensächlich.

Auf jeden Fall herzlichsten Dank für die den Feuilletons geschenkte Beachtung, eine Beachtung, die vielen Menschen von Nutzen werden kann!

⊙ **Salvatore Marchesi,** der einst als Konzertsänger berühmte Gatte der großen Gesangslehrerin Mathilde Marchesi-Graumann, ist in Paris gestorben. Als Cavaliere de Castrone, Marchese della Rajata wurde er 1822 in Palermo geboren. Er war Offizier in der neapolitanischen Nobelgarde, die er wegen seiner politischen Gesinnungen wieder verließ, studierte die Rechte und wandte sich dann der Musik zu. Raimondi, Lamperti und Fontana waren seine Lehrer. Als Revolutionär wurde er 1848 ausgewiesen. In New-York sang er die Baritonrolle des Ernani, studierte in London noch unter Garcia und verheiratete sich mit Mathilde Graumann, mit der zusammen er auftrat. Er wirkte als Gesangspädagog in Wien, Paris, Köln und abermals Wien. Seit 1881 war Paris sein ständiges Domizil. Marchesi hat deutsche Lieder, italienische Canzonetten und französische Romanzen komponiert und den „Holländer", den „Lohengrin" und den „Tannhäuser" aus französischen Texten ins Italienische übersetzt.

⊙ **Der Kaiser in der Galerie Schulte.** Der Kaiser besichtigte gestern mittag die Galerie Eduard Schulte. Er wandte zunächst sein Interesse den jagdlichen Dar-